

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 psbr d

## Inhalt

Björn Engholm MdB, SPD-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, begründet die Zweifel an der vorgesehenen Volkszählung: Tiefe Skepsis.

Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen MdB setzt sich für einen Stopp der Schnellbrüterentwicklung ein: Es ist noch nicht zu spät.

Seite 2

Roif Linkohr MdEP befürwortet eine europäische Großforschung: Grünes Licht für HERA.

Seite 4

Gerd Walter MdEP erläutert das Scheitern der Kieler Landesregierung im EG-Bereich: Europa und Schleswig-Holstein.

Seite 5

Dagmar Luuk MdB appelliert, Präsident Reagan zur Umkehr zu veranlassen: El Salvador ein zweites Vietnam?

Seite 6

Olaf Schwencke MdEP sieht das Europäische Parlament in der Sitzfrage einen Schritt weiter: Pro Strasbourg.

Seite 7

38. Jahrgang / 49

11. März 1983

Tiefe Skepsis

Begründete Zweifel wegen der Mißbrauchsmöglichkeiten bei der Volkszählung

Von Björn Engholm MdB  
Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten der SPD  
Schleswig-Holstein

Die Bundesregierung hält nach dem Beschluß des Kabinetts vom 9. März 1983 an der für den 27. April 1983 geplanten Volkszählung fest; ich halte das für falsch. Warnungen auch aus den Reihen der CDU/CSU, wie zum Beispiel von Strauß, Barschel und CDU-Landtagsfraktionen, wurden damit ignoriert.

Jetzt werden unnötige neue Gräben in der Bevölkerung aufgerissen und zusätzliche gesellschaftliche Konfliktfelder "erschlossen". Ich denke dabei nicht nur an diverse Boykottaufrufe (zum Beispiel der "Grünen"), sondern auch an die tiefe Skepsis, die ich bei meinen Bürgergesprächen im Wahlkampf in Schleswig-Holstein bei Jung und Alt hören konnte in Bezug auf den Ausschluß von Mißbrauchsmöglichkeiten.

Ich möchte nicht die formalen Details wiederholen, mit denen ich den Wunsch nach Verschiebung in einem offenen Brief an Bundesinnenminister Zimmermann begründet habe.

Die von der Bundesregierung jetzt zugesagte "Aufklärungskampagne" kommt zumindest zu spät. Erhebliche Zweifel sind auch an der Beteuerung Dr. Zimmermanns angebracht, die gesammelten Daten würden "nur für statistische Zwecke verwendet". Eine sehr wichtige offene Frage ist in diesem Zusammenhang die von der "Initiative bayerischen Strafanzeigen e.V." festgestellte Möglichkeit, der "verfassungswidrigen Datenverknüpfung" (siehe Süddeutsche Zeitung Nr. 57 vom 10. März 1983), die von der Initiative als Anlaß zum Boykottaufruf genommen wurde - was ich persönlich nicht billige.

Es geht dabei um die "Datenverknüpfung mit dem Melderegister", die den Schutz von späteren Dechiffrierungen auch die Strafverfolgungs-, Finanz-, Sozial- und sonstigen Behörden nicht gewährleisten. Auch die von Kommunen zum Teil ausgesetzten "Fangprämien" halte ich für sehr problematisch. Es ist noch zu vieles unklar.

Die von Hamburg angekündigte Initiative im Bundesrat, die Volkszählung zu verschieben, kann ich nur unterstützen. Nach einer für die SPD erfolgreichen Wahl am Sonntag in Schleswig-Holstein wird sich dieses Bundesland dem Hamburger Vorhaben anschließen

(-/11.3.1983/ks/ca)

Verantwortung  
mit kompletter Rückmeldung  
Reaktion: 11/83



Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

+ + +

Es ist noch nicht zu spät

Ein Stopp der Schnellbrüterentwicklung ist überfällig

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Nach der Regierungsbildung wird sich schnell der Schleier über die Zukunft des seit zehn Jahren in Bau befindlichen Schnellen Brüters in Kalkar lüften. Wohin für das Forschungsministerium die Reise gehen soll, deutet ein von Beamten des Ministeriums erarbeitetes Positionspapier an, das jetzt bekannt geworden ist. "Die Brütererentwicklung ist der zentrale, langfristig angelegte Baustein im weltweit notwendigen Substitutionsprozeß fossiler Energieträger durch Kapital und Technologie." Deutlicher kann man sich nicht weigern, die grundlegenden Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für dieses Projekt auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Zwar kommen die Beamten nicht mehr daran vorbei, daß ein Schneller Brüter in den nächsten dreißig Jahren wirtschaftlich uninteressant bleiben wird. Dennoch träumt man im Brüterfreundlichen Forschungsministerium den Traum, die Bundesrepublik könne sich mit Hilfe des Schnellbrüters auf Dauer einen massiven Einstieg in die Kernenergie leisten, ohne auf Uranimporte angewiesen zu bleiben. Man zweifelt nicht mehr daran, daß angesichts weltweit gekürzter Kernkraftwerks-Ausbaupläne ausreichend Uran für unsere Kernkraftwerke bereitstehen wird. Dafür wird nun die Gefahr einer Erpreßbarkeit der Bundesrepublik durch ein Preiskartell uraniumproduzierender Länder beschworen - angesichts des Zustandes der OPEC ein wahrhaft aktuelles Argument! Unverdrossen singen die Beamten das Hohelied der Kerntechnik: "Industriepolitisch bewirkt die Entwicklung kerntechnischer Großprojekte im allgemeinen, und insbesondere der fortgeschrittenen Reaktorlinien, einen Innovationsschub für die Volkswirtschaft." Man dachte wohl an Prophezeiungen von Professor Wolf Häfele, der - immerhin vor 20 Jahren - vermessen dem Brüterprojekt Innovationseffekte für unsere Wirtschaft zugeschrieben hatte, wie sie dem Weltraumfahrt-Programm für die USA bewirkt hatte.

Weitweit wird mittlerweile bei der Diskussion über Zukunftstechnologien von Mikroelektronik und Biotechnologie gesprochen - hier ist es merkwürdig still um die Kernenergie geworden. Ganz paßt in das Bild, daß die Beamten auch heute noch den prophetischen Worten des Brüter-Gurus Häfele glauben, der in den 60er Jahren eine Verdoppelung des im Brüter eingesetzten Kernbrennstoffs Plutonium in wenigen Jahren für möglich hielt. Eine Bruterate von 1,32 soll technisch ohne weiteres möglich sein, obwohl bisher kein Brüter brüten kann.

Die Verfasser des Papiers halten es offensichtlich für notwendig, trotz stagnierenden Energieverbrauchszuwachses den Schnellen Brüter, aber auch die Wiederaufarbeitung, bis zum Jahre 2000 großtechnisch einzusetzen und damit den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft zu schaffen. Heißt es doch: "Die Notwendigkeit, der Kernenergie mit dem Brüter über die 60-fach bessere Nutzung der Uranreserven eine langfristige Perspektive zu geben, war und bleibt Motivation dieser Entwicklung." Eine Entwicklung, die auf Gedeih und Verderb in den Plutoniumstaat führen soll.



Eine Neubewertung der Reaktorlinie "Schneller Brüter" - auch des Hochtemperaturreaktors - ist überfällig. Es ist unverantwortlich, eine derartige Großtechnologie für weitere Jahrzehnte mit immer neuen Milliarden weiterzuführen, wenn ihre Chancen hinter dem Dunstkreis des Jahres 2050 verschwinden. Nötig sind diese Gelder gerade jetzt, wo kurzfristig Wirkung zu erzielen ist: Durch Förderung von Techniken zur Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung, Förderung von Verfahren zur umweltfreundlichen Verbrennung von Kohle und gezielte Grundlagenforschung bei der Solarenergie (Fotosynthese, Umwandlung von Sonnenlicht in Strom).

Die Geschichte des Kalkar-Brüters ist auch ein Trauerspiel für das Parlament. Wenn Kritik aufkam, wiesen Regierung und Bürokratie immer wieder darauf hin, das Projekt sei nicht mehr zu stoppen, da der Abbruch des Projekts teurer würde als die Fertigstellung. So hieß es schon 1977 - seitdem haben sich die Kosten fast verdoppelt. Es ist nun bekannt geworden, daß im Februar 1981 im Forschungsministerium eine zweite, vertrauliche Schätzung der Kosten bei einem Abbruch des Projekts vorgenommen wurde. Damals sollte der Schnelle Brüter fünf Milliarden DM kosten. Bei einer Beendigung des Baus hätten sich damals innerhalb von zwei Jahren 800 Millionen bis eine Milliarde DM an Kosten ergeben. Die Fertigstellung des Baus hätte demgegenüber etwa zwei Milliarden DM gekostet. Auch angesichts der seitdem eingetretenen Kostensteigerung um weitere 1,5 Milliarden DM ist uns heute klar, daß auch 1981 ein Abbruch des Kalkar-Projekts billiger als seine Fertigstellung gewesen wäre.

Am 26. Mai 1982 hat der Forschungsausschuß einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, auch einen Bericht über die Folgekosten bei einem Abbruch des Kalkar-Projekts vorzulegen. Minister Riesenhuber wird diesem Auftrag nachkommen müssen.

Das Positions-Papier aus dem Forschungsministerium läßt befürchten, daß mit der Durchsetzung der Fertigstellung des Schnellen Brüters "symbolisch" der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft erkämpft werden soll, auch wenn ihr wirtschaftlicher Nutzen fraglich ist und die gesellschaftlichen Folgen bedenklich sind. Der Steuerzahler wird inzwischen die Zeche zahlen, der Forschungsetat ausgeplündert werden.

(-/11.3.1983/ks/ca)

+ + +



Grünes Licht für HERA

Die Großforschung sollte europäisch sein

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP

Obmann der Sozialistischen Fraktion im EP-Ausschuß für Energie und Forschung

Verlautbarungen des Bonner Bundesforschungsministeriums zufolge gibt es nun grünes Licht für HERA, einen Proton-Elektron-Speicherring für DESY, das Deutsche Elektronensynchrotron in Hamburg. Weitere Großgeräte der Grundlagenforschung werden vermutlich in Kürze bewilligt werden. Vor der Entscheidung stehen ein relativistischer Schwerionenbeschleuniger für die Gesellschaft für Schwerionenforschung in Darmstadt und eine sogenannte Spallationsneutronenquelle, das heißt eine Neutronenquelle hoher Spitzenflüsse für die KFA-Jülich. Diese und einige andere Großgeräte werden den bundesdeutschen Forschungshaushalt bis Anfang der 90er Jahre mit mehreren Milliarden DM belasten.

Vom Standpunkt der Physik aus gesehen, sind die genannten Vorhaben ausnahmslos interessant und wertvoll. Darüber besteht kein Zweifel. Den Physikern werden damit Instrumente in die Hand gegeben, um noch tiefer in die Strukturen der Materie einzudringen. Nicht nur der Aufbau der Kerne wird dann besser zu verstehen sein, auch das Universum erschließt sich dem Wissenschaftler. HERA ist in Kürze die beste Maschine in der Welt, mit der die Voraussagen der Chromodynamik, der zur Zeit anerkannten Theorie zur Beschreibung der Wechselwirkung im Kern geprüft werden können. Auch die anderen Großgeräte werden viele überraschende Ergebnisse erzeugen, deren Kenntnis uns in die Lage versetzt, die Natur besser zu verstehen.

Allerdings ist zu fragen, ob nicht eine engere europäische Zusammenarbeit wie etwa bei CERN in Genf, Geld spart und gleichzeitig die Wirksamkeit erhöht. Diese Frage drängt sich umso mehr auf, als wir wissen, daß auch andere europäische Länder an großen Maschinen zur Erforschung des Kerninneren arbeiten so etwa die Briten, die eine Spallationsneutronenquelle im Rutherford-Laboratorium bauen, oder die Franzosen, die sich auf den Schwerionenbeschleuniger GANIL konzentrieren.

Wir haben stets gute Erfahrung mit der europäischen Gemeinschaftsforschung im Bereich der Hochenergiephysik gemacht. CERN verschaffte den Europäern Weltruhm, auch die Fusionsforschung ist weltweit anerkannt. Warum also diesmal anders und nicht auch europäisch? Spielen etwa andere als sachliche Gründe eine Rolle?

Es wäre zu hoffen, daß die Europäer wenigstens jetzt die Vorteile der Zusammenarbeit erkennen. Die Grundlagenforschung sollte der Kern dessen werden, was viele den europäischen Wissenschaftsraum nennen. Ich wünsche dem alten und vermutlich auch neuen Bundesforschungsminister dabei eine glückliche Hand.

(-/11.3.1983/ks/ca)

+ + +



Europa und Schleswig-Holstein  
-----

Warum die Kieler Landesregierung im EC-Bereich versagt hat

Von Gerd Walter MdEP

Stellvertretender Obmann der deutschen Gruppe der  
Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Was hat die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am kommenden Sonntag mit der Arbeit des Europäischen Parlaments zu tun?

Auf den ersten Blick vielleicht gar nichts. Auf den zweiten Blick aber sehr viel.

Die Landesregierungen wirken nämlich über den Bundesrat an der europäischen Gesetzgebung mit.

Sie entscheiden auch mit darüber, ob Gelder aus den Brüsseler Fonds sinnvoll genutzt werden oder nicht.

Wir Europaabgeordneten brauchen deshalb Landesregierungen, die dazu beitragen, europäische Sonntagsreden in die Tat umzusetzen. Die Landesregierungen Stoltenberg und Barschel haben das genaue Gegenteil davon getan. Sie sind dem Europäischen Parlament und der EG-Kommission bei vielen Bemühungen um europapolitische Fortschritte in den Rücken gefallen.

Beispiel Nummer 1: Da beklagt Ministerpräsident Barschel das Vogelsterben in der Nordsee, das unter anderem auf die Ölbohrungen in der Nordsee zurückzuführen ist. Aber er verschweigt gleichzeitig, daß sich die CDU-Landesregierung im Bundesrat daran beteiligt hat, die von der Europäischen Gemeinschaft vorgesehenen "Umweltverträglichkeitsprüfung" zu Fall zu bringen. Und eben diese Umweltverträglichkeitsprüfung würde die leichtfertige Einrichtung von Industriellen Großprojekten wie zum Beispiel Bohrinself erschweren.

Beispiel Nummer 2: Da kämpfen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften darum, daß ihre Mitbestimmungs- und Informationsrechte im internationalen Wirtschaftsunternehmen gesichert werden. Die CDU-Landesregierung aber beteiligt sich im Bundesrat daran, das zu Fall zu bringen.

Beispiel Nummer 3: Da beklagen Vertreter der Landesregierung unkontrollierte Giftmülltransporte, die aus dem Ausland durch das Gebiet der Bundesrepublik in die DDR nach Schönberg - in unmittelbarer Nähe der Großstadt Lübeck - gebracht werden. Für die dagegen möglichen Sofortmaßnahmen in Form verschärfter Grenzkontrollen setzt man sich aber überhaupt erst gar nicht ein. Und vergibt damit eine dicke Chance, auf die Verabschiedung dringend erforderlicher Kontrollmaßnahmen für Gift- und Sondermülltransporte in der Europäischen Gemeinschaft Druck auszuüben.

Beispiel Nummer 4: Da fordern Vertreter der Landesregierung wirksame internationale Maßnahmen gegen den sauren Regen. Aber wo bleibt der Protest, wenn jetzt die Regierung Kohl eine 500-Millionen-Mark-Rückzahlung aus der Europäischen Gemeinschaft-Kasse in den Schnellen Brüter steckt, statt - wie von der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament gefordert - in die Entschwefelung von Kohlekraftwerken zur Bekämpfung des sauren Regens.

Beispiel Nummer 5: (aus Platzgründen das letzte) Da gibt es ein Finanzprogramm der Europäischen Gemeinschaft, mit dem Investitionen von Firmen und Kommunen unterstützt werden, die von Öl- und Gasverbrauch auf Kohle umstellen. Aber niemand weiß etwas davon, weil die Landesregierung ihrer Aufgabe nicht nachkommt, Firmen, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern, Kommunen sowie soziale Verbände und Organisationen in unserem Land regelmäßig über Förderungsmöglichkeiten aus EG-Finanzmitteln zu informieren. So verschenkt man Geld, das Schleswig-Holstein dringend braucht. Statt dessen schmückt man sich mit Prestigeprojekten wie der fragwürdigen Sanierung des Gotteskoogsee-Gebiets, für die man sich beträchtliche Gelder aus Brüssel besorgt.

Schade ist's bei alledem um den europäischen Gedanken, dessen Glaubwürdigkeit so nicht gerade gefördert wird. Wenn man die beklagenswerte Europapolitik der Landesregierung ändern will, reicht es nicht, den Europa-Beauftragten der Landesregierung auszuwechseln. Das muß man am 13. März schon mit der gesamten Landesregierung tun.

+ + +

(-/11.3.1983/ks/ca)

El Salvador ein zweites Vietnam?

Präsident Reagan muß zur Umkehr veranlaßt werden

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seit Jahren fordert die SPD Beiträge zur Befriedung des vom Bürgerkriegs verwüsteten El Salvador. Sie hat sich intensiv darum bemüht; ich erinnere nur an die Mission von Hans-Jürgen Wischniewski in Mittelamerika im Frühjahr 1981, als er mit allen wichtigen politischen Kräften der Region konkrete und ernsthafte Gespräche führte, um einen Weg zum Frieden zu finden. Seit Jahren äußern wir unsere Überzeugung, daß nur Verhandlungen zwischen den kämpfenden Parteien zu einem Ende des Blutvergießens führen. Seit Jahren warnen wir davor, durch direkte oder indirekte Interventionen von außen das Leid des salvadorensischen Volkes zu verstärken und zu verlängern.

Deshalb kann auch nicht gutgeheißen werden, wenn die Reagan-Administration die Militärhilfe für El Salvador erneut steigern will. Die in San Salvador herrschende Regierung verliert nicht nur militärisch, sondern auch politisch ständig an Boden. Ihr neue Waffen und zusätzliche Berater zur Verfügung zu stellen, heißt die so Unterstützten in ihrer Überzeugung zu bestätigen, sie könnten auf eine politische Lösung verzichten, weil sie den Bürgerkrieg mit militärischen Mitteln zu gewinnen in der Lage seien.

Die Reagan-Administration sei davor gewarnt, sich in El Salvador ähnlich unheilvoll zu verstricken, wie dies in Indochina der Fall war. Die Anfänge sind bereits gemacht, die Parallelen erschreckend:

- Damals wie heute wurde eine Regierung ohne breite Basis im Volk unterstützt.
- Angesichts des von den USA geförderten Landreformprogramms in El Salvador können unguete Erinnerungen an ähnliche Maßnahmen in Süd Vietnam auftauchen.
- Die militärische Intervention der USA fing auch in Vietnam mit einer kleinen Zahl von Beratern an, die wie heute in El Salvador aus der Beraterrolle in die aktiver Kämpfer glitten.

Der Vorschlag des Leiters der Lateinamerikaabteilung im amerikanischen Außenministerium, Thomas Enders, die US-Regierung solle zu Verhandlungen in El Salvador beitragen, kann deshalb die Zustimmung eines jeden finden, der den Frieden in dem Land herbeisehnt. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt deshalb diesen Plan und fordert die Bundesregierung auf, im Interesse der Menschen in El Salvador und im Interesse des Friedens in der Region ihren Einfluß geltend zu machen, um die Reagan-Administration zu entsprechenden Schritten zu bewegen.

(-/11.3.1983/hi/ca)

+ + +



Pro Strasbourg

Das Europäische Parlament ist einen Schritt weiter

Von Dr. Olaf Schwencke MdEP

241 Abgeordnete des Europäischen Parlaments aus allen zehn Mitgliedsstaaten und allen politischen Fraktionen haben eine EntschlieÙung unterzeichnet und gestern dem Präsidenten überreicht. Die in ihren verschiedenen Elementen insgesamt als deutlich pro-strasburgisch gekennzeichnet werden kann.

In dieser Mehrheitsentscheidung - von immerhin nahezu sechzig Prozent der Europaparlament-Mitglieder unterzeichnet - werden Präsidium und Generalsekretariat aufgefordert, aus der seinerzeitigen Zagari-EntschlieÙung die erforderlichen strukturellen Konsequenzen zu ziehen, das heißt konkret: Aus Luxembourg das EP-Personal nach Strasbourg beziehungsweise Brüssel umzusetzen, das an diesen Orten den Mammutanteil seiner Tätigkeiten ausübt. Das vor fünf Monaten ergangene Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxembourg, in dem den Abgeordneten zugestanden wird, ihren Arbeitsort souverän festlegen zu dürfen, legitimiert dieses ausdrücklich.

Der italienische Sozialist Zagari hatte in seinem Bericht den faktischen Zustand der beiden Arbeitsorte - Parlamentssitzungen in Strasbourg und Ausschüsse in der Regel in Brüssel - festgeschrieben: Es wurde allgemein auch in der Öffentlichkeit begrüÙt, daß mit der Annahme dieser EntschlieÙung am 7. Juli 1981 aus drei Sitzungsplätzen (inclusive Luxembourg) erst einmal zwei - mit dem erklärten Ziel eines einzigen - geworden waren. Was aber nützt ein solcher Beschluß, wenn er nur den "Wandertrieb" der Parlamentarier reduziert, ohne nicht auch zugleich den Beamtenapparat dort anzusiedeln, wo dieser hauptsächlich gebraucht wird, nämlich in Strasbourg und Brüssel!

Die jetzt vorgelegte "Schlußfolgerung" aus dem Zagari-Bericht ist nur logisch, konsequent und verbilligt längerfristig die Ausgaben des Parlaments erheblich und effektiviert nicht zuletzt seine Arbeit.

Da jetzt bereits nur in Strasbourg Plenarsaal, genügend Sitzungsräume für Fraktionen und Ausschüsse und für jeden Abgeordneten ein eigenes Büro zur Verfügung stehen, überdies die Stadt mit Unterstützung der Pariser Regierung vehement an der Verbesserung der Infrastrukturen dieses europäischen Ortes arbeitet und die notwendigen Verwaltungsgebäude alsbald zu errichten zugesagt hat, werden sich immer weniger vernünftige Argumente finden lassen, die gegen Strasbourg als künftigen einzigen Arbeitsort des Europäischen Parlaments sprechen. Dann könnte auch den Ministerrat die Einsicht in die Notwendigkeit leiten, seiner Vertragsverpflichtung endlich nachzukommen und diesen Arbeitsort dann auch zum "Sitz" zu erklären. (-/11.3.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

